

11.4.2016

B8-0442/42

Änderungsantrag 42

Bodil Valero, Rebecca Harms, Ska Keller, Ernest Maragall
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag

Kati Piri

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
Bericht 2015 über die Türkei

B8-0442/2016

Entschließungsantrag

Ziffer 14

Entschließungsantrag

14. *ist äußerst besorgt angesichts der* Vorwürfe von Eren Erdem, einem Abgeordneten der oppositionellen Republikanischen Volkspartei (CHP), dass der türkische Staat daran beteiligt gewesen sein könnte, *dem IS das gesamte erforderliche* Material für die Herstellung von Senfgas zu liefern, *mit dem im August 2013 Gasangriffe in Syrien durchgeführt wurden*; fordert eine gründliche Untersuchung dieser Vorwürfe durch den von den Vereinten Nationen eingerichteten Gemeinsamen Untersuchungsmechanismus und die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) sowie – im Einklang mit der Resolution 2118 (2013) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen – einen Bericht an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen;

Geänderter Text

14. *nimmt die* Vorwürfe von Eren Erdem, einem Abgeordneten der oppositionellen Republikanischen Volkspartei (CHP), *zur Kenntnis*, dass der türkische Staat daran beteiligt gewesen sein könnte, Material für die Herstellung von Senfgas zu liefern; fordert eine gründliche Untersuchung dieser Vorwürfe durch den von den Vereinten Nationen eingerichteten Gemeinsamen Untersuchungsmechanismus und die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) sowie – im Einklang mit der Resolution 2118 (2013) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen – einen Bericht an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen;

Or. en

11.4.2016

B8-0442/43

Änderungsantrag 43

Bodil Valero, Ska Keller, Ernest Maragall
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag

Kati Piri

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
Bericht 2015 über die Türkei

B8-0442/2016

Entschließungsantrag

Ziffer 27

Entschließungsantrag

27. **verurteilt** die Rückkehr der PKK zur Gewalt **als nicht gerechtfertigt und weist darauf hin, dass die PKK auf der EU-Liste terroristischer Organisationen aufgeführt ist**; betont, dass es keine gewaltsame Lösung der Kurdenfrage gibt, und fordert die türkische Regierung nachdrücklich auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und die Verhandlungen wiederaufzunehmen, damit eine umfassende und tragfähige Lösung der Kurdenfrage gefunden werden kann; fordert die PKK auf, die Waffen niederzulegen, terroristische Vorgehensweisen zu unterlassen und friedliche und legale Mittel zu nutzen, um ihren Erwartungen Ausdruck zu verleihen; **verurteilt** Angriffe auf Sicherheitskräfte und Zivilisten auf das schärfste; ist **in diesem Zusammenhang** zutiefst darüber besorgt, dass militante Anhänger der YDG-H Barrikaden errichtet und Gräben ausgehoben haben; bekräftigt gleichwohl, dass friedliche Proteste zugelassen werden müssen;

Geänderter Text

27. **bedauert zutiefst** die Rückkehr der PKK zur Gewalt; betont, dass es keine gewaltsame Lösung der Kurdenfrage gibt, und fordert die türkische Regierung nachdrücklich auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und die Verhandlungen wiederaufzunehmen, damit eine umfassende und tragfähige Lösung der Kurdenfrage gefunden werden kann; fordert die PKK auf, die Waffen niederzulegen, terroristische Vorgehensweisen zu unterlassen und friedliche und legale Mittel zu nutzen, um ihren Erwartungen Ausdruck zu verleihen; **verurteilt** Angriffe auf Sicherheitskräfte und Zivilisten auf das schärfste; ist zutiefst darüber besorgt, dass militante Anhänger der YDG-H Barrikaden errichtet und Gräben ausgehoben haben; bekräftigt gleichwohl, dass friedliche Proteste zugelassen werden müssen;

Or. en

11.4.2016

B8-0442/44

Änderungsantrag 44

Bodil Valero, Ska Keller, Ernest Maragall
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag

Kati Piri

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
Bericht 2015 über die Türkei

B8-0442/2016

Entschließungsantrag

Ziffer 27

Entschließungsantrag

27. **verurteilt** die Rückkehr der PKK zur Gewalt **als nicht gerechtfertigt und weist darauf hin, dass die PKK auf der EU-Liste terroristischer Organisationen aufgeführt ist**; betont, dass es keine gewaltsame Lösung der Kurdenfrage gibt, und fordert die türkische Regierung nachdrücklich auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und die Verhandlungen wiederaufzunehmen, damit eine umfassende und tragfähige Lösung der Kurdenfrage gefunden werden kann; fordert die PKK auf, die Waffen niederzulegen, terroristische Vorgehensweisen zu unterlassen und friedliche und legale Mittel zu nutzen, um ihren Erwartungen Ausdruck zu verleihen; **verurteilt Angriffe auf Sicherheitskräfte und Zivilisten auf das schärfste; ist in diesem Zusammenhang zutiefst darüber besorgt, dass militante Anhänger der YDG-H Barrikaden errichtet und Gräben ausgehoben haben**; bekräftigt gleichwohl, dass friedliche Proteste zugelassen werden müssen;

Geänderter Text

27. **bedauert zutiefst** die Rückkehr der PKK zur Gewalt; betont, dass es keine gewaltsame Lösung der Kurdenfrage gibt, und fordert die türkische Regierung nachdrücklich auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und die Verhandlungen wiederaufzunehmen, damit eine umfassende und tragfähige Lösung der Kurdenfrage gefunden werden kann; fordert die PKK auf, die Waffen niederzulegen, terroristische Vorgehensweisen zu unterlassen und friedliche und legale Mittel zu nutzen, um ihren Erwartungen Ausdruck zu verleihen; **verurteilt Angriffe auf Sicherheitskräfte und Zivilisten auf das schärfste**; bekräftigt gleichwohl, dass friedliche Proteste zugelassen werden müssen;

Or. en

11.4.2016

B8-0442/45

Änderungsantrag 45

Bodil Valero, Ska Keller, Ernest Maragall
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag

Kati Piri

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
Bericht 2015 über die Türkei

B8-0442/2016

Entschließungsantrag

Ziffer 34

Entschließungsantrag

Geänderter Text

34. ***begrüßt, dass die Türkei Teil der internationalen Koalition gegen den IS ist und den Vereinigten Staaten und den Koalitionstreitkräften Zugang zu ihren Militärbasen gewährt;*** fordert die Türkei nachdrücklich auf, mit der notwendigen Zurückhaltung und in umfassender Zusammenarbeit mit ihren westlichen Verbündeten zu handeln;

34. fordert die Türkei nachdrücklich auf, mit der notwendigen Zurückhaltung und in umfassender Zusammenarbeit mit ihren westlichen Verbündeten zu handeln, ***um den Islamischen Staat im Irak und der Levante (IS) zu bekämpfen;***

Or. en

11.4.2016

B8-0442/46

Änderungsantrag 46

Bodil Valero, Rebecca Harms, Ska Keller, Ernest Maragall
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag

B8-0442/2016

Kati Piri

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
Bericht 2015 über die Türkei

Entschließungsantrag

Ziffer 31 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

***31a. fordert ein Ende der Einzelhaft des
PKK-Führers Abdullah Öcalan, da
mehrere Sonderberichterstatter der
Vereinten Nationen wiederholt darauf
hingewiesen haben, dass längere
Einzelhaft eine grausame, unmenschliche
oder erniedrigende Behandlung darstellt
und als Folter angesehen werden kann;***

Or. en

Änderungsantrag 47

Bodil Valero, Rebecca Harms, Ska Keller, Ernest Maragall
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag**B8-0442/2016****Kati Piri**

im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
Bericht 2015 über die Türkei

Entschließungsantrag**Ziffer 46***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

46. begrüßt die beträchtlichen Fortschritte, die bei den Gesprächen über die Wiedervereinigung Zyperns unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen erzielt wurden; begrüßt die gemeinsame Erklärung der Führer der beiden Volksgruppen vom 11. Februar 2014 als Grundlage für eine Beilegung des Konflikts; unterstützt – ohne einer abschließenden Einigung vorzugreifen und im Einklang mit den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats und dem Völkerrecht – die **Umwandlung der Republik Zypern in eine** Föderation beider Bevölkerungsgruppen und Landesteile mit einer einzigen Souveränität, einer einzigen internationalen Rechtspersönlichkeit und einer einheitlichen Staatsbürgerschaft, bei politischer Gleichberechtigung beider Gemeinschaften und gleichen Chancen für alle Bürger; hebt die konstruktive Herangehensweise der jeweiligen Führer der griechisch-zyprischen und der türkisch-zyprischen Volksgruppe auf der Insel lobend hervor, ebenso wie ihre Entschlossenheit und ihre unermüdlichen Anstrengungen dahingehend, so schnell wie möglich eine faire, umfassende und tragfähige Vereinbarung zur Streitbeilegung zu erzielen; unterstreicht, wie wichtig die Beilegung des Jahrzehnte

46. begrüßt die beträchtlichen Fortschritte, die bei den Gesprächen über die Wiedervereinigung Zyperns unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen erzielt wurden; begrüßt die gemeinsame Erklärung der Führer der beiden Volksgruppen vom 11. Februar 2014 als Grundlage für eine Beilegung des Konflikts; unterstützt – ohne einer abschließenden Einigung vorzugreifen und im Einklang mit den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats und dem Völkerrecht – die **Bildung einer** Föderation beider Bevölkerungsgruppen und Landesteile mit einer einzigen Souveränität, einer einzigen internationalen Rechtspersönlichkeit und einer einheitlichen Staatsbürgerschaft, bei politischer Gleichberechtigung beider Gemeinschaften und gleichen Chancen für alle Bürger; hebt die konstruktive Herangehensweise der jeweiligen Führer der griechisch-zyprischen und der türkisch-zyprischen Volksgruppe auf der Insel lobend hervor, ebenso wie ihre Entschlossenheit und ihre unermüdlichen Anstrengungen dahingehend, so schnell wie möglich eine faire, umfassende und tragfähige Vereinbarung zur Streitbeilegung zu erzielen; unterstreicht, wie wichtig die Beilegung des Jahrzehnte währenden Zypernkonflikts für die

währenden Zypernkonflikts für die gesamte Region und für Europa bzw. die Europäische Union wäre; begrüßt deshalb die Möglichkeit, ein erneutes Referendum über die Wiedervereinigung abzuhalten, und fordert alle Parteien auf, zu einem positiven Ausgang beizutragen;

gesamte Region und für Europa bzw. die Europäische Union wäre; begrüßt deshalb die Möglichkeit, ein erneutes Referendum über die Wiedervereinigung abzuhalten, und fordert alle Parteien auf, zu einem positiven Ausgang beizutragen;

Or. en